

## Plan A, Russland auszurauben, scheitert

***Also ist Plan B der Euro-Eliten, ihre Bürger zu bestehlen. Die EU wird von kriegstreiberischen, diebischen Faschisten beherrscht, die alles tun, um ihre russophoben Fantasien zu befriedigen.***



19. Dezember 2025 | Editorial

Plan A bestand darin, Russlands Staatsvermögen zu rauben und es dem korrupten ukrainischen Neonazi-Regime zu übergeben, um den Stellvertreterkrieg gegen Russland weiterzuführen. Ursula von der Leyen und eine Clique russophober Euro-Eliten hatten den Raubplan monatelang vorangetrieben. Trotz der irreführenden juristischen Rhetorik über einen „Reparationskredit“ war das Vorhaben für mehrere EU-Staaten unerträglich, die darin einen rücksichtslosen, groß angelegten Diebstahl sahen.

Sogar die EZB und der IWF warnten vor dem Vorhaben, da es die Glaubwürdigkeit und langfristige Finanzierbarkeit der EU destabilisieren würde.

Diese Woche versuchten EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und andere nicht gewählte Eurokraten wie der Präsident des EU-Rates Antonio Costa – erfolglos –, die 27 Nationen dazu zu bewegen, ihrem Plan zur Plünderung russischer Vermögenswerte in Höhe von 200 Milliarden Euro zuzustimmen. Das russische Vermögen wurde seit dem Ausbruch des von der NATO angeheizten Stellvertreterkrieges in der Ukraine im Jahr 2022 illegal in europäischen Banken beschlagnahmt. Von der Leyen wird in ihrer wahnsinnigen Besessenheit von Bundeskanzler Friedrich Merz, dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk und anderen russophoben sogenannten Führern unterstützt.

Nach marathonartigen Auseinandersetzungen auf dem Gipfeltreffen des EU-Rates am Donnerstag mussten die EU-Raubritter eine Niederlage hinnehmen. Belgien, die Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Malta und die Slowakei waren mit dem Raubplan nicht einverstanden. Belgien, das

den Großteil der eingefrorenen russischen Vermögenswerte hält, befürchtete, von Russland für den Diebstahl haftbar gemacht zu werden. Moskau hat bereits ein internationales Schiedsverfahren zur Entschädigung für seine eingefrorenen Vermögenswerte eingeleitet. Möglicherweise könnte Moskau als Vergeltungsmaßnahme gleichwertige Beträge europäischer Gelder, die in Russland gehalten werden, beschlagnahmen, wenn seine Vermögenswerte nicht zurückgegeben werden.

Der fantasievolle Plünderungsplan sah vor, der Ukraine bis zu 135 Milliarden Euro zu leihen und die von Russland beschlagnahmten Gelder als Sicherheit zu verwenden. Das Darlehen würde nach dem Krieg mit russischen „Reparationen“ zurückgezahlt werden. Es ist ausgeschlossen, dass Moskau Reparationen für einen Konflikt zahlt, den es nicht als selbst begonnen betrachtet, sondern als einen von der NATO angezettelten Stellvertreterkrieg. Es wird Russland sein, das Reparationen fordert, insbesondere für den Verlust von Zinsen auf seine beschlagnahmten Auslandsguthaben bei europäischen Banken sowie für den Tod und die Zerstörung, die seinem Volk zugefügt wurden.

Da sie mit ihrem Plan, Russland zu berauben, nicht durchkommen, haben sich die Euro-Eliten einen Plan B ausgedacht. Dieser Plan verpflichtet die EU dazu, „gemeinsame Schulden“ auf den internationalen Märkten aufzunehmen, um der Ukraine 90 Milliarden Euro (105 Milliarden Dollar) zu ‚leihen‘. Es ist ein weiterer völlig verrückter Plan krimineller Verantwortungslosigkeit der nicht rechenschaftspflichtigen Euro-Eliten. Das zügellos korrupte Regime in Kiew unter der Führung des nicht gewählten Betrügers Wladimir Selensky hat bereits Hunderte von Milliarden Euro und Dollar in einem vierjährigen, nicht zu gewinnenden Krieg verschwendet. Die Ukraine ist bankrott. Diese jüngste zusätzliche Finanzspritze in Höhe von 90 Milliarden Euro wird von der Kiewer Mafia abgezweigt werden und dem Regime helfen, den sinnlosen Stellvertreterkrieg mit Zehntausenden weiteren Todesopfern zu verlängern.

In Plan B bleiben die eingefrorenen Gelder Russlands unangetastet, obwohl sie Russland weiterhin illegal vorenthalten werden. Stattdessen wird die Schuld, die den Kredit an das Kiewer Regime ermöglicht, den europäischen Bürgern aufgebürdet, die damit für kommende Generationen belastet werden.

Drei Nationen – Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik – haben sich klugerweise geweigert, dem neuen „Reparationskredit“ zuzustimmen. Sie sagen, dass ihre Bürger nicht für Geld aufkommen müssen, das für die ukrainische Korruption und die Verlängerung eines verlorenen, blutigen Krieges verschwendet wird.

So oder so, die finanzielle Plünderung durch die europäischen Eliten ist in ihrer Dreistigkeit atemberaubend. Der regelrechte Raub, um einen Krieg gegen das atomar bewaffnete Russland zu schüren, geht Hand in Hand mit der Finanzierung von Korruption durch ein neonazistisches Regime, dessen Spitzenvertreter ausländische Immobilien im Wert von Milliarden angehäuft haben, sowie mit dem Zusammenbruch jeglicher demokratischer oder rechtlicher Rechenschaftspflicht gegenüber den europäischen Bürgern und der Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit in der gesamten EU. Die EU hat jeden Anschein von Demokratie verloren und sich in ein autokratisches Regime verwandelt, das von ‚Eliten‘ geführt wird.

Unglaublicherweise wird EU-Bürgern der Zugang zu Texten wie diesem Leitartikel und anderen Artikeln der Strategic Culture Foundation oder [diesem Artikel](#) über falsche Behauptungen über russische Kindesentführungen und anderen informativen Artikeln in russischen Nachrichtenmedien

aufgrund von Internetsperren durch die EU-Bürokratie verwehrt. Alfred de Zayas und andere haben [festgestellt](#), dass dieser Rückschritt im Recht der Öffentlichkeit auf Information das Ende der Demokratie in der EU bedeutet.

Der Diebstahl öffentlicher Gelder zur Finanzierung von Krieg und Korruption ist jedoch vielleicht das eklatanteste Beispiel dafür, dass die EU-Elite außer Kontrolle geraten ist. Von der Leyen war bereits in Korruptionsvorwürfe verwickelt, weil sie autokratisch und ohne Rechenschaftspflicht Covid-19-Impfstoffe im Wert von Milliarden von Big Pharma gekauft hatte. Als deutsche Verteidigungsministerin war sie in ähnliche geheime Geschäfte mit öffentlichen Geldern verwickelt.

Sie ist nur ein Symbol für eine ganze Oberschicht von EU-Eliten und Politikern, die ohne jegliche rechtliche oder demokratische Rechenschaftspflicht ihre Politik durchsetzen.

Es gibt tatsächlich eine „Renazifizierung Europas“, wie Russlands Spitzenpolitiker Sergej Lawrow kürzlich kommentierte. Die Euro-Eliten stecken mit Neonazis in Kiew (angeführt von einem jüdischen Betrüger) unter einer Decke. Diese Eliten, wie von der Leyen und Deutschlands Merz, haben Nazi-Vorfahren. Ihre Gesinnungsgenossen in anderen europäischen Staaten waren begeisterte Kollaborateure des Dritten Reiches. Heute werden in den baltischen Staaten Denkmäler enthüllt, die SS-Kollaborateure und Massenmörder verherrlichen. Europäische NATO-Chefs, wie der ehemalige niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, fordern die Zivilbevölkerung auf, sich darauf vorzubereiten, in einem Krieg gegen Russland zu sterben.

Eine wichtige Politik des Dritten Reiches bestand darin, die finanzielle Ausbeutung der eroberten europäischen Staaten zu instrumentalisieren, indem die Zentralbanken systematisch und „legal“ ausgeraubt wurden.

Der Pole Donald Tusk, dessen Landsleute während des Zweiten Weltkriegs von ukrainischen Nazis ermordet wurden, ist heute mehr daran interessiert, Neonazis in der Ukraine zu unterstützen, als an historischer Gerechtigkeit.

Tusk rechtfertigte diese Woche den Diebstahl europäischer öffentlicher Gelder mit den Worten: „Wenn es heute nicht mit Geld ist, dann wird es morgen mit Blut sein.“

Die EU ist in der Hand von kriegstreiberischen, diebischen Faschisten, die alles tun würden, um ihre russophoben Fantasien zu befriedigen.

Solche Menschen haben Europa schon einmal zerstört. Jetzt tun sie es erneut.